

Bundesgeschäftsstelle der
Partei Mensch Umwelt Tierschutz

**Landesverband
Nordrhein-Westfalen**

Landesgeschäftsstelle
c/o Angelika Remiszewski
Von-der-Recke-Str.5
44137 Dortmund
Email: nrw@tierschutzpartei.de

Dortmund, den 17. Januar 2024

**Antrag an den 46. Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT
TIERSCHUTZ (Wortgleich bereits zum 45. BPT eingereicht)**

Bezeichnung des Antrags: „Wirtschaftspolitische Änderungen im Grundsatzprogramm“

Antragsteller: Vorstand des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen

Antrag: Der Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ beschließt,

- a) eine Umbenennung des Punktes 9.1. in „Wirtschaft ganzheitlich betrachten“

Aktuell: 9.1. Soziale und ökologische Marktwirtschaft

Neu: 9.1. Wirtschaft ganzheitlich betrachten

- b) Die ersatzlose Löschung der ersten zwei Sätze im Abschnitt 9.1.:

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ – Tierschutzpartei – bekennt sich zu einer dem Gemeinwohl verpflichteten sozialen und ökologischen Marktwirtschaft. Wir wollen eine wettbewerbssichernde Wirtschafts- und Finanzpolitik, die sowohl günstige Rahmenbedingungen für Klein- und Mittelbetriebe sowie Selbstständige schafft als auch verhindert, dass die ständig zunehmende Konzentrationen der marktverzerrenden Macht von Großunternehmen zu Wettbewerbsbeeinträchtigungen, Arbeitslosigkeit, globalen Ungleichgewichten sowie Umweltbelastungen führen.

- c) Die Hinzufügung des neuen Abschnitts 9.2. „Ein Wirtschaftssystem ohne Wachstumswahn etablieren“, was dann automatisch beinhaltet, dass sich darauffolgende Abschnitte in der Nummerierung verändern (aus aktuell 9.2 Staatshaushalt, wird dann 9.3 usw.)

Neu: 9.2. Ein Wirtschaftssystem ohne Wachstumswahn etablieren

Ein marktvermittelltes Wirtschaftswachstum hat uns in eine Situation gebracht, die von Klimakrise, extremer Ressourcenverknappung, Vermüllung und Artensterben geprägt ist. Zudem geht die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinander, was einer Gesellschaft niemals zuträglich ist. Und die Ausbeutung von Tieren hat ein Maß angenommen, das jeder ethischen Beurteilung spottet. Alle Versuche, ein sogenanntes grünes, sozialverträgliches, qualitatives Wachstum anzuregen, haben sich bisher als völlig unzureichend erwiesen. Die große Masse der aktiven Marktteilnehmer lässt sich von Profitinteressen und Konkurrenzdenken leiten. Der Staat kann und muss mehr regulieren, um diejenigen zu bremsen, die nicht bereit sind, Rücksicht zu nehmen. Er kann und muss mehr Anreize schaffen, um denen Vorteile zu gewähren, die für eine emissionsarme, nachhaltige Ökonomie stehen. Aber all das wird nicht ausreichen, wenn das Paradigma ständigen Wachstums weiterhin vorherrschend ist.

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ steht für ein Wirtschaftssystem, welches sich nicht mehr über Indices wie Wachstum und Bruttoinlandsprodukt definiert, sondern an der Lebensqualität und Zufriedenheit seiner Bürger bemisst. Wir möchten auf Basis einer Postwachstumsökonomie eine Suffizienzstrategie entwickeln. Dies verlangt nicht weniger als einen gesamtgesellschaftlichen Paradigmenwechsel: Die Beschränkung beim Konsumgüterkauf darf nicht als Rückschritt gewertet werden und für den einzelnen keinen Statusverlust bedeuten. Der Fokus soll verlagert werden auf gesellschaftlichen Austausch, soziales Engagement, Kreativität, kulturelle Betätigung, Bildung. Gestärkt werden dabei die lokalen Wertschöpfungs- und Versorgungsstrukturen, während es bei den industriellen und global arbeitsteiligen Wertschöpfungsprozessen einen starken Rückgang geben wird. Auch das exorbitant angewachsene Geldvermögen muss drastisch reduziert werden.


Eine nachhaltige und ausgewogene Entwicklung der Gesellschaft ist möglich, wenn materiellen, sozialen und kulturellen Belangen die gleiche Aufmerksamkeit geschenkt wird und sich die Politik an ethischen Maßstäben orientiert. Nicht das renditegetriebene Interesse der multinationalen Konzerne, sondern das „Glück“ der Bürgerinnen muss zentraler Maßstab für die politischen Entscheidungen sein.

Begründung:

Die auch in unserem Grundsatzprogramm propagierte Vision eines grünen bzw. nachhaltigen Wachstums ist in den letzten Jahrzehnten gescheitert: Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander und wir steuern weltweit auf immer größere Ressourcenengpässe zu. Als Partei sollten wir für ein Wirtschaftssystem plädieren, welches sich nicht mehr nur an Indices wie dem Bruttoinlandsprodukt definiert, sondern sich stattdessen an der Postwachstumsökonomie orientiert und auf Basis dessen eine gemeinsame europäische Suffizienzstrategie entwickelt. An dessen Ende kann, gemessen an den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen innerhalb der EU, nur ein partieller Rückbau der industriellen und global arbeitsteiliger Wertschöpfungsprozesse, bei einer gleichzeitigen Stärkung der lokalen Wertschöpfungs- und Versorgungsstrukturen stehen. Der seit den „goldenen Zeiten“ des Wirtschaftswunders propagierte Hunger auf ein stetiges Wirtschaftswachstum hat es in den vergangenen Jahrzehnten nicht geschafft, den weltweiten Hunger, Armut oder die Verteilungsungerechtigkeit durch ökonomische Expansion zu beseitigen. Die individuelle Lebenszufriedenheit oder das sog. „Glück“ der Bürgerinnen muss zentraler Maßstab für die politischen Entscheidungen sein und nicht die Rendite-getriebenen Interessen der multinationalen Konzerne.



Sebastian Everding
Landesvorsitzender



Angelika Remiszewski
Landesvorsitzende